

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 103 (2023)
Heft: 1104

Artikel: Westliche Eliten untergraben die kapitalistische Erfolgsgeschichte
Autor: Mingardi, Alberto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1050476>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Westliche Eliten untergraben die kapitalistische Erfolgsgeschichte

Der freie Markt hat uns Wohlstand gebracht. Dennoch wird er ständig durch die Sehnsucht nach einem zentralen Lenker bedroht.

von Alberto Mingardi

Wofür steht der Kapitalismus? Jahrelang schien es auf diese Frage eine eindeutige Antwort zu geben. Während des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz zwischen den USA und der Sowjetunion interpretierte man ihn als ein grundlegendes Wirtschaftssystem: Es galt, zwischen einer Wirtschaft auf Basis des Privateigentums und einer Verstaatlichung der Produktionsmittel auszuwählen.

Heute sind die Dinge nicht mehr so klar. Staaten, in denen die Kontrolle über die Produktion erheblich ist, werden von vielen dennoch als kapitalistisch bezeichnet. In den liberalen Demokratien des Westens ist der freie Markt – verstanden als ein wirtschaftliches Umfeld, in dem die Menschen selbst entscheiden können, was sie produzieren und handeln wollen – nur noch als Überbleibsel vorhanden: Der westliche Kapitalismus ist sorgfältig reguliert, und die Regierungen spielen eine immer grössere Rolle bei der Zuteilung der Produktionsfaktoren. Die verschiedenen Krisen, mit denen wir seit 2001 konfrontiert waren, wurden genutzt, um die Rolle des Staates zu erweitern. Während der Pandemie kontrollierten die Regierungen die Wirtschaft in einer noch nie dagewesenen Weise bis ins kleinste Detail, indem sie etwa dirigierten, welche Waren in Lebensmittelgeschäften verkauft werden durften und welche nicht. Auch nach dem russischen Angriff auf die Ukraine sind Protektionismus und «Industriepolitik» immer mehr im Trend.

Die Magie der langen Ketten der Zusammenarbeit

Anders als dem Sozialismus oder dem Nationalismus fehlt dem Kapitalismus so etwas wie ein Manifest. Das bedeutendste Buch der Geschichte der Marktwirtschaft, Adam Smiths «Wohlstand der Nationen», bezeichnet sich in seinem vollständigen Titel als «Untersuchung» (englischer Originaltitel: «An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations»). Smith erforschte die Realität, leitete daraus allgemeine Beobachtungen über die menschliche Natur ab und legte nahe, dass mehr wirtschaftliche Freiheit zu einer breiteren Arbeitsteilung führe, was die Produktivität erhöhe und damit den Wohlstand aller steigere. Damit entwarf Smith weder ein Modell, das die Gesellschaft nachahmen könnte, noch schlug er eine bestimmte

Gruppe vor, die die Verantwortung dafür übernehmen sollte. In vielerlei Hinsicht war Smith ein Egalitarist: Er sah kaum Unterschiede zwischen einem Philosophen und einem Pförtner. Und wenn es doch Unterschiede gibt, sind sie eher das Ergebnis der Arbeitsteilung als deren Ursache: Die freie wirtschaftliche Zusammenarbeit führt nämlich zu einer Spezialisierung und bringt ihre Akteure so dazu, ihre Fähigkeiten zu verfeinern.

Smith hatte für Geschäftsleute kaum wohlwollende Worte übrig. Ihm ging es bei seiner Abhandlung nicht um Partikularinteressen, sondern um das allgemeine Wohlergehen sämtlicher Mitglieder der Gesellschaft. Hierfür ist der Wettbewerb ein geeignetes Mittel: Er bringt mehr Waren und Dienstleistungen hervor, während die Preise im Verhältnis zum Einkommen tendenziell sinken. In einer freien Marktwirtschaft sind wir beim Kauf einer Mahlzeit nicht auf die Gutmütigkeit des Metzgers, des Brauers und des Bäckers angewiesen – sie verrichten diesen Dienst am Gemeinwohl nämlich unter Rücksichtnahme ihrer eigenen Interessen. Auf diesem Weg ermöglicht eine fortgeschrittene Arbeitsteilung eine umfängliche Zusammenarbeit, wie wir sie in einer kleinen Gruppe pflegen würden. Besser noch: Zur Kooperation müssen sich die Marktteilnehmer nicht unbedingt kennen, geschweige denn mögen. Der Zauber des Kapitalismus besteht darin, dass er lange Ketten der Zusammenarbeit entstehen lässt, die oft sogar länderübergreifend sind.

Smith erkannte, dass Geschäftsleute genau diesem Prozess im Wege stehen können: Der Wettbewerb schmälert ihre privaten Gewinne, denn neue Marktteilnehmer machen ihnen die Margen streitig. Wer einmal erfolgreich ist, möchte dies auch weiterhin bleiben – bereitwillig auch unter staatlichem Schutz vor der Konkurrenz. Die Feindseligkeit zum freien Wettbewerb entsteht dann aus eigenen Interessen: Tüchtige Geschäftsleute sind oftmals die glühendsten Verfechter einer staatlichen Wirtschaftspolitik, die ihre Privilegien schützt.

Die grosse Bereicherung

Wenn Eigeninteresse die einzige Triebfeder für die Ablehnung des Kapitalismus wäre, könnte sie in einer vernünftigen

gen Debatte problemlos widerlegt werden, denn der Kapitalismus hat mehr Wohlstand geschaffen als je zuvor eine andere Organisationsform in der Geschichte der Menschheit. Die Wirtschaftshistorikerin Deirdre McCloskey nennt das Wohlstandswunder treffend «die grosse Bereicherung»: Von 1800 bis heute ist das Realeinkommen in zahlreichen Ländern um den Faktor 10, 30 oder sogar 100 gewachsen. In heutigen Preisen ausgedrückt, verdienten die Menschen in den westlichen Ländern um 1800 rund 2 bis 3 Dollar pro Tag und Person. Heute sind es gleichenorts etwa 100 Dollar. Dieses Phänomen führte zu Verbesserungen bei der Ernährung und der medizinischen Versorgung, so dass die Menschen heute viel mehr haben als früher.

Kapitalismus bedeutet eine Wirtschaft, in der die Menschen selbst entscheiden können, was sie kaufen und verkaufen wollen. Er ist weder ein System noch ein Plan für die Gesellschaft – der Kapitalismus zeichnet sich stattdessen durch ein Element der Freiheit und Unberechenbarkeit aus. Eigentlich leisten freie Märkte nach wie vor Erstaunliches: Jeden Tag bringen eigennützige Unternehmer Produkte und Dienstleistungen auf den Markt, die einer bestimmten Gruppe von Menschen den Alltag erleichtern. Wer auf Amazon Einkäufe tätigt, bekommt täglich neue Produkte vorgeschlagen, die den individuellen Lebensstil des Nutzers passend ergänzen können. Schenkt man dem freien Markt Vertrauen, so kann er signifikante Verbesserungen im Lebensstandard herbeiführen.

Falsche Freunde der offenen Gesellschaft

Dennoch hat die Marktwirtschaft im gegenwärtigen Zeitgeist einen schweren Stand: Obwohl viele von ihr profitieren, findet der Kapitalismus kaum Zuspruch. Viele Verbraucher hegen einen Wunsch nach einem Lenker; die Suche nach jemandem, der «verantwortlich» ist, ist so tief in der menschlichen Natur verwurzelt, dass die Kritik am Kapitalismus oftmals personifiziert geäussert wird – obwohl die freie Marktwirtschaft per Definition keine zentralen Entscheidungsträger kennt. Oftmals werden dabei die westlichen Eliten – allen voran jene, die einmal im Jahr in Davos zusammenkommen – als Sündenböcke identifiziert.

Paradoxerweise ist es jedoch genau diese Gruppe, die den Kapitalismus so vehement ablehnt wie kaum eine andere. Die westlichen Eliten in Politik, Wirtschaft und Kultur werden zunehmend herrschsüchtiger: Die Idee, dass Menschen frei über ihren Konsum entscheiden sollen, ist ihnen ebenso fremd wie die Vorstellung, dass die Kreativität des einzelnen zur Lösung von Problemen beitragen könne. Stattdessen versuchen sie, «den Zustand der Welt» durch «öffentlich-private Zusammenarbeit» zu «verbessern», wie das Weltwirtschaftsforum (WEF) seine Mission beschreibt. Oftmals verbergen sich hinter solchen Verbes-

serungen Zwangsentscheidungen, die unwissende Verbraucher ohne Widerrede schlucken sollen. Ob Klimawandel, Armut oder Pandemien: Globale Probleme werden angegangen, indem sich Politiker, CEOs grosser Unternehmen und andere mächtige Leute auf Lösungen im Namen der Allgemeinheit einigen. Das Verhalten der kleinen Leute wird zunehmend diktiert, bis hin zur Auferlegung ihrer Diät.

Obwohl die Eliten behaupten, die wahren Verfechter von Menschenrechten zu sein, sind sie kaum so egalitär wie Adam Smith: Sie sind überzeugt, dass ihre Ideen und Visionen viel wichtiger seien als die des einfachen Pförtners. Bestimmt denken einige dabei an ihre eigenen privaten Interessen und möchten den Zugang von Neuankömmlingen zum Markt beschränken – zahlreiche Geschäftsleute hoffen auf einen eingeschränkten Wettbewerb zugunsten eigener Vorteile, genau wie das Adam Smith schon analysiert hatte. Im Zentrum steht dabei nicht nur das eigene finanzielle Interesse, sondern eine Weltanschauung der Selbstherrlichkeit: Nie käme es den Eliten in den Sinn, dass jemand seine eigenen Probleme selber besser regeln könnte. Sie träumen von einem zentralen Entscheidungsfinder – sich selbst.

Trotz des Erfolges des kapitalistischen Zeitalters sind noch nicht alle von dessen Vorzügen überzeugt. Freiheit wird ideologisch zwar gerne beschworen, in der Praxis wird das aber nur selten von Taten begleitet. Die Stärke des Kapitalismus liegt im faktischen Leistungsnachweis, seine Schwächen weitgehend in seiner Unbeliebtheit. Wenn der Kapitalismus zusammenbricht, dann nicht unter dem Gewicht seiner angeblichen Widersprüche, sondern unter dem Druck falscher Vorurteile. ◀

Aus dem Englischen übersetzt von Jannik Belser. Der Artikel ist auf schweizermonat.ch in der Originalsprache verfügbar.



Alberto Mingardi

ist Generaldirektor des Istituto Bruno Leoni sowie Assistenzprofessor für Geschichte des politischen Denkens an der IULM-Universität in Mailand.